

schränken könnte. (FT, 25.10.01; AS-WJ, 1.10.01)

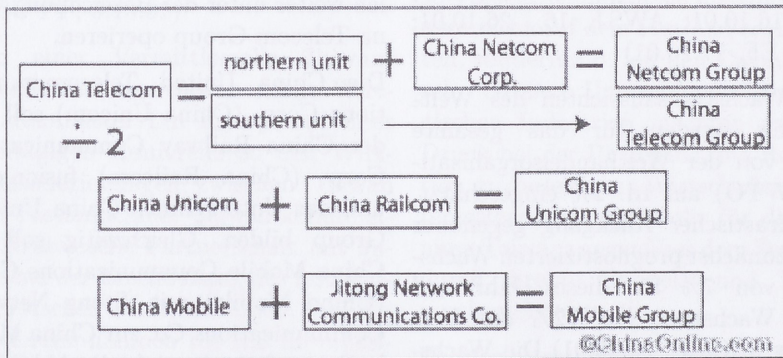
Andere Analysten gehen jedoch davon aus, dass es keinen tatsächlichen Wettbewerb geben wird, da alles von der Regierung vorgegeben sei. Dazu zähle auch, dass die Telekom-Dienstleistungspreise staatlich festgelegt werden. Dementsprechend bezeichnet Andrew Batson (Dow Jones Newswires) die Entscheidung des Staatsrats als „reshuffling assets among state-owned companies rather than establishing a strong and consistent regulatory framework.“ (www.chinaonline.com: „State Council Approves China Telecom Break Up, Sector Consolidation“, 16.10.01) -schü-

Neben dem Stellenabbau kämpfen die Banken darum, ihre uneinbringlichen Kredite zu reduzieren. Die China Everbright Bank hat bereits relativ gute Fortschritte dabei machen können. In den ersten neun Monaten d.J. konnte sie ihre uneinbringlichen Kredite um 4,48% senken. Im letzten Jahr war eine Reduzierung der uneinbringlichen Kredite um rd. 14% realisiert worden. (XNA, 31.10.01)

Die Huarong Asset Management Corp., die für die ICBC die uneinbringlichen Kredite umstrukturieren soll, geht inzwischen davon aus, dass dies nur zu einem relativ hohen Discount möglich sein wird. Huarong plant Mitte November die erste Auk-

Management und Eigenkapitalquote noch nicht wettbewerbsfähig. Auch sei das Niveau der uneinbringlichen Kredite noch zu hoch und müsse reduziert werden. (www.chinabiz.org, 1.11.01) -schü-

Abbildung: Restructuring of Telephone Service Provider



Quelle: <http://www.chinaonline.com/topstories/011016/1/c01101701.asp>

28 Banken bauen Beschäftigung und uneinbringliche Kredite ab

Ende September kündigte die Industrial and Commercial Bank of China (ICBC) die Streichung von rd. 30.000 Stellen in den kommenden 12 Monaten an. Damit soll die Beschäftigtenzahl der ICBC auf rd. 400.000 reduziert werden. Im letzten Jahr waren bereits rd. 75.000 Stellen gestrichen worden. Im Jahre 1999 hatte die Zahl der Beschäftigten noch bei rd. 570.000 gelegen.

Der Stellenabbau wird als notwendig angesehen, da die Bank im Vergleich zu anderen westlichen Banken mit ähnlichen Vermögenswerten weitaus mehr Personal beschäftigt. Um wettbewerbsfähig zu werden, müssen die Banken verstärkt ihre überschüssigen Arbeitskräfte abbauen. (FT, 25.9.01; NfA, 26.9.01)

tion durchzuführen, um umstrukturierte uneinbringliche Kredite zu verkaufen. Es könnte nach Huarong ein Discount von durchschnittlich 60% des Nominalwertes möglich sein. Mögliche Käufer wie Merrill Lynch, Goldman Sachs, Morgan Stanley und die Deutsche Bank sollen angeblich einen Discount von 80% des Nominalwertes fordern wollen.

Auf der für Mitte November geplanten Auktion werden Vermögenswerte (Nominalwerte) von rd. 16 Mrd. RMB (1,9 Mrd. US\$) angeboten werden. Huarong soll von der Zentralregierung grünes Licht erhalten haben, über die Höhe des Discounts selbst entscheiden zu können. (www.chinabiz.org, 31.10.01; FT, 30.10.01)

Nach Einschätzung von Liu Ming-kang, Chef der Bank of China (BOC), sind die Banken in China insbesondere hinsichtlich Gewinnsituation, Risiko-

SVR Hongkong

29 Fünfte Regierungserklärung Tung Chee-hwas I – Hongkongs Politik im Krisenmodus

Am 10. Oktober hielt Tung Chee-hwa in seiner Funktion als *Chief Executive* der Sonderverwaltungsregion seine jährliche Regierungserklärung. Die fünfte *Policy Address* seit dem Amtsantritt Tungs im Jahr 1997 mit dem Titel „Building on our Strengths – Investing in our Future“ stand im Zeichen des in Hongkong akut abgenommenen wirtschaftlichen Aufschwungs.

Die Rede des Hongkonger Regierungschefs war Ausdruck eines ökonomischen Krisenbewusstseins, dass seit den Auswirkungen der Asienkrise auf Hongkong ständig latent vorhanden war, nun aber offenbar wieder akut aufgebrochen ist. Vor dem Hintergrund einer erneuten Korrektur der Wachstumsprognosen nach unten und den Befürchtungen einer weltweiten Rezession im Gefolge der Anschläge des 11. September schien es Tung Chee-hwa nicht länger angezeigt, einen wirtschaftspolitischen Zweckoptimismus an den Tag zu legen. Vielmehr gestand er die düsteren Aussichten für Hongkongs Wirtschaft unumwunden ein, wie die folgende Passage unmissverständlich zeigt:

„Recently we have seen dramatic changes in the world around us and there are even tougher challenges ahead. We are facing the most acute economic problems for many years. [...] The gloomy outlook for world economic growth has adversely affected Hong Kong. As a result, Hong Kong faces an accelerated economic downturn, a rise in unemployment, an increase in the fiscal deficit and a delayed recovery. The sharp downturn of the external economy at a time when Hong Kong is undergoing structural

adjustment has put us in a particularly difficult position. We have to prepare for drawn out economic hardship.“ (www.policyaddress.gov.hk)

Angesichts der hier dargestellten äußerst schwierigen wirtschaftlichen Situation kann es als durchaus positive Leistung der Regierung Hongkongs gewertet werden, dass eine relativ weitsichtige Orientierung der Wirtschaftspolitik, wie sie bisher zu beobachten war, nicht zugunsten eines kurzsichtigen Aktionismus aufgegeben wird. Dies zeigt sich daran, dass die strategischen Schwerpunkte der Regierungspolitik, wie sie in den jeweiligen Regierungserklärungen der vorangehenden Jahre formuliert worden waren, auch in diesem Jahr im Wesentlichen fortgeführt werden. Grundsätzliche Kontinuität ist im nach wie vor prioritär behandelten Bereich der Bildungspolitik zu verzeichnen, wo weiterhin eine langfristige Sicherung bzw. Entwicklung der Humanressourcen angestrebt wird. Ähnliches gilt für die Verbesserung der wirtschaftlichen Bedingungen durch einen Ausbau der Verkehrs- und Kommunikations-Infrastruktur sowie der Verbesserung des „Geschäftsumfeldes“, insbesondere durch die gezielte Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, denen eine hohe Bedeutung bei der Sicherung des Wirtschaftsstandorts Hongkong zugemessen wird (zu den bildungs- und wirtschaftspolitischen Details der Regierungserklärung vgl. die Übersichten unten). Auch in den Bereichen der Sozial- und Umweltpolitik zeugt die jüngste Regierungserklärung von verhältnismäßig großer Kontinuität.

Es ist allerdings durchaus fraglich, ob die angekündigten Maßnahmen ausreichen werden, um mittelfristig eine konjunkturelle Erholung und langfristig eine Sicherung des Standortes Hongkong zu gewährleisten. Während Peter Woo, der Vorsitzende des Hong Kong Trade Development Council, die Regierungserklärung als einen guten Weg begrüßt hat, um Hongkongs Position als Handelsdrehscheibe zu stärken, sind breite Teile der Hongkonger Öffentlichkeit offenbar sehr skeptisch. Keineswegs allgemein geteilt wird insbesondere die von offizieller Seite verbreitete Zuversicht, wonach die Wirtschaftskraft Chinas, die von den weltwirtschaftlichen Prob-

lemen bislang relativ unbeeinträchtigt geblieben ist und im Zuge des nun gesicherten WTO-Beitritts noch an Dynamik gewinnen könnte, enorme Chancen für Hongkongs Wirtschaft biete. Vielmehr fürchten manche, dass die beschleunigte Öffnung des festländischen Marktes gegenüber dem Ausland die Standortvorteile Hongkongs als außenwirtschaftliches „Fenster“ der VR China und als Anbieter professioneller Finanz- und Kommunikationsdienstleistungen sehr schnell zunichte machen dürfte. Vieles wird davon abhängen, ob die Zentralregierung in Beijing der Sonderverwaltungsregion Hongkong ökonomische Rückendeckung gibt bzw. sie durch aktive wirtschaftspolitische Maßnahmen gezielt unterstützt. (www.policyaddress.gov.hk; Radio TV Hong Kong, Radio 3, 15.10.01, nach BBC PF, 15.10.01; JB, 2001/11, S.12-15; ZM, 2001/10, S.85-86) -hol-

30 Fünfte Regierungserklärung Tung Chee-hwas II – Vorschläge für ein System politischer Beamter

Die fünfte Regierungserklärung Tung Chee-hwas war zugleich die letzte in seiner Amtszeit als erster *Chief Executive* der SVR Hongkong. Das Ereignis, das in demokratischen Staaten westlicher Provenienz Anlass für einen intensiven Wahlkampf wäre, hängt hier angesichts des Fehlens eines demokratischen Wahlverfahrens für dieses höchste Amt der SVR in einer politischen Schwebelage. Bisher sind die Kandidaten für die zweite Amtsperiode des Regierungschefs, über die ein 800-köpfiger Wahlausschuss im März 2002 entscheiden wird, noch nicht benannt. Zwar wird allgemein davon ausgegangen, dass Tung Chee-hwa sich für eine zweite Amtszeit zur Verfügung stellen und in diesem Fall auch mit großer Sicherheit den „Wahlsieg“ davontragen wird. Doch richten sich auf der anderen Seite auch öffentliche Rücktrittsforderungen an seine Adresse.

Die Beijing-kritische Monatszeitschrift *Dongxiang* will erfahren haben, dass Tung angesichts der aussichtslosen wirtschaftlichen Situation Hongkongs im August dieses Jahres in einem Brief an die Beijinger Führungsspitze darum ersucht haben soll,

ihn mit Auslaufen der ersten Amtsperiode in den Ruhestand zu entlassen – ein Ansinnen, das Beijing angeblich mit Hinweis auf die umso größere Bedeutung eines erfahrenen Staatsmannes abgelehnt haben soll.

Vor diesem Hintergrund sind die Ausführungen Tung Chee-hwas zur Reform des politischen Systems zu bewerten, die den letzten Teil seiner diesjährigen Regierungserklärung bildeten. Darin spannt er Vorschläge für eine Stärkung der politischen Verantwortlichkeit der Exekutive weiter, die er bereits in der vierten Regierungserklärung im letzten Oktober präsentiert hatte. Die jüngsten Formulierungen zu dem Stichwort der Schaffung eines „Rechenschaftssystems“ (*wenze zhi*) fielen zwar etwas detaillierter, aber keineswegs verbindlicher aus als im Vorjahr, da sie nur als „erste Gedanken“ („*initial thinking*“) vorgestellt wurden, über deren Verwirklichung erst in der nächsten Amtsperiode des Regierungschefs entschieden werden solle. Die Vorschläge lassen sich in den folgenden Punkten zusammenfassen:

- Die drei Spitzenämter des *Chief Secretary of Administration*, des *Financial Secretary* und des *Secretary of Justice* sowie für „die meisten“ Direktoren der anderen Verwaltungsbehörden (*Directors of Bureaux*), die bisher innerhalb des *Civil Service* als reguläre Beamte geführt wurden, sollen den Zuschnitt politischer Ämter erhalten, für die neue Einstellungsrichtlinien etabliert werden sollen.
- Kandidaten für diese Ämter sollen in Zukunft verstärkt von außerhalb des *Civil Service* rekrutiert werden.
- Die Amtsdauer der neuen politischen Beamten soll befristet werden und grundsätzlich nicht über die des jeweiligen Regierungschefs, der sie ernannt, hinausgehen.
- Die politischen Beamten sollen für Politikbereiche zuständig sein, die ihnen vom Regierungschef zugewiesen werden und innerhalb derer sie die für das spezifische Portfolio zuständi-

gen Verwaltungsabteilungen des *Civil Service* leiten sollen.

- Die neuen politischen Spitzenbeamten sollen zu Mitgliedern des *Executive Council* ernannt werden, wodurch der Einfluss dieses kabinettähnlichen Beratungsorgans des Regierungschefs auf den politischen Entscheidungsprozess gestärkt und die Koordinierung verschiedener Politikbereiche erleichtert werden soll.

Diese Vorschläge erscheinen auf den ersten Blick erfreulich, da sie im Kontext der andauernden Debatte zur Einführung eines „ministeriellen Systems“ (vgl. C.a., 2000/7, S.785-800, 2000/10, Ü 35) eine gewisse Konkretisierung bedeuten. Diese Debatte war durch die beobachtete wechselseitige Lähmung der Exekutive und der Legislative Hongkongs ausgelöst worden: Das doppelte Defizit an politischer Legitimität der Exekutive einerseits und an politischer Einflusskraft der Legislativversammlung andererseits hoffte man durch die Schaffung eines ministeriellen Systems zu beheben. Diskutiert wurde sowohl das Modell Großbritanniens, in dem Vertreter der siegreichen politischen Parteien im Parlament als Minister in das Kabinett berufen werden, als auch das Modell des US-amerikanischen Präzidentialsystems, in dem die Staatssekretäre samt der Verwaltung vom Präsidenten rekrutiert werden.

Die nun präsentierten Vorschläge erscheinen bei genauerem Hinsehen aber nur bedingt geeignet, das erkannte Problem zu beseitigen; gegebenenfalls könnten sie die labilen demokratischen Strukturen der SVR Hongkong sogar noch zusätzlich schwächen. Eine Verwirklichung der nun vorgelegten „Gedanken“, mit denen das britische ebenso wie das US-amerikanische Modell implizit als Vorbild für Hongkong abgelehnt wird, dürfte nämlich die ohnehin bereits stark ausgeprägte Dominanz der Exekutive noch verstärken, ohne dass im Gegenzug zugleich auch die Kontrollfunktion und die politische Einflusskraft des *Legislative Council* gestärkt würde. So wird zwar die Idee der politischen Verantwortlichkeit bzw. Rechenschaft hochgehalten, doch ist fraglich, vor welcher Instanz diese Rechenschaft abzulegen ist.

Im günstigen Fall könnte für die demokratische Öffentlichkeit in Gestalt des *Legislative Council*, der politischen Parteien und der Medien zwar die indirekten Einflussmöglichkeiten auf den politischen Entscheidungsprozess und die Arbeit der Regierung wachsen. Im ungünstigen Fall aber könnte die Entscheidung darüber, ob ein politischer Beamter in Zukunft „zur Rechenschaft zu ziehen“ sei, auch ausschließlich dem Regierungschef zufallen, dem es gemäß der jüngsten Vorschläge obliegen soll, der Zentralregierung Empfehlungen über die Ernennung oder Entlassung der politischen Beamten vorzulegen. Dies könnte insbesondere zu einem Missbrauch der Entscheidungsgewalt durch den Regierungschef – bzw. durch die Beijinger Zentralregierung – verleiten, solange für das Amt des *Chief Executive* kein demokratisches Wahlverfahren vorgesehen ist. Gemäß des *Basic Law* wird die Einführung direkter Volkswahlen für dieses Amt aber frühestens ab dem Jahr 2007 möglich sein, und auch dann ist zu bezweifeln, ob die chinesische Zentralregierung sich für einen solch weit gehenden Demokratisierungsschritt aufgeschlossen zeigen wird.

Der jüngste Vorstoß in der anhaltenden Debatte über die Zukunft des politischen Systems der Sonderverwaltungsregion zeigt somit ein weiteres Mal die Schwierigkeiten auf, mit denen partielle Korrekturen wahrgenommener Schwächen im Verhältnis zwischen Exekutive und Legislative in Hongkong beinahe zwangsläufig verbunden sind. (www.policyaddress.gov.hk; Radio TV Hong Kong, Radio 3, 10., 11., 14.10.01, nach BBC PF, 10., 11., 14.10.01; *The Straits Times*, 11.10.01; JB, 2001/11, S.16-17; ZM, 2001/11, S.74-77; DX, 2001/9, S.17-18) -hol-

31 Regierungserklärung: Bildungswesen

In seiner diesjährigen Regierungserklärung vom 10. Oktober widmete Tung Chee-hwa dem Bildungswesen wie schon in den vergangenen Jahren relativ breiten Raum. Aus seiner Rede ergeben sich die folgenden bildungspolitischen Schwerpunkte:

1. Verstärkt Investitionen ins Bildungswesen. Tung machte deutlich,

dass Investitionen in die Bildung für den Umbau der Wirtschaft und vor allem für die Schaffung einer auf Wissen basierenden Wirtschaft unabdingbare Voraussetzung seien. Trotz der Finanzkrise, so Tung, habe die Regierung die Bildungsausgaben in den vergangenen fünf Jahren um 46% gesteigert, von 37,9 Mrd. HK-Dollar 1996/97 auf 55,3 Mrd. HK-Dollar 2001/02. Die Regierung strebe drei Ziele an:

- a) Anhebung des allgemeinen Niveaus der Grund- und Mittelschüler mithilfe der gegenwärtigen Schulreform; jeder Schüler soll Freude am Lernen haben, gut in der Kommunikation sein, verantwortungsbewusst sowie kreativ und innovativ sein.
- b) Steigerung der Zahl der Studienplätze im Anschluss an die Sekundarstufe II, damit 60% aller Absolventen der Sekundarstufe II eine Hochschulbildung haben können. Der Übergang von der Sekundarschule zu einer anschließenden Tertiärbildung soll erleichtert werden. Damit verbunden ist eine Reform des Hochschulsystems.
- c) Förderung des lebenslangen Lernens.

2. Verbesserung der Qualität der Lehrer. Nur so kann die Qualität der Vorschul-, Grund- und Mittelschulziehung verbessert werden. Zweierlei ist für die Lehrer erforderlich:

- a) Entlastung der Lehrer, damit ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Arbeit, Ruhe, Lernen und Familienleben herrscht. Nicht nur sollen zusätzliche Lehrer eingestellt werden, es sollen außerdem Beratungslehrer und Sozialarbeiterdienste an den Schulen eingeführt werden. Auch Posten für Lehrplanbeamte sollen geschaffen werden.
- b) Die Lehrer sollen sich verstärkt Lehrerfortbildung unterziehen. Alle Lehrer müssen die erforderlichen Qualifikationen vorweisen.

3. Ausbau der tertiären Bildung. Hongkong liegt in Bezug auf das durchschnittliche Bildungsniveau hinter den entwickelten Ländern zurück.

Derzeit verfügen nur 18% der Bevölkerung über 15 Jahre über eine höhere Bildung als die Sekundarstufe II. 48% haben ein Bildungsniveau der 3. Sekundarschulklasse oder darunter. Für die Absolventen der Sekundarstufe II müssen mehr Studienplätze im tertiären Bildungssektor zur Verfügung gestellt werden. Innerhalb von zehn Jahren soll der Anteil derjenigen, die eine Tertiärbildung erhalten, von 30 auf 60% gesteigert werden. Diesen Vorschlag hatte Tung in seiner Regierungserklärung vom letzten Jahr gemacht. Damals hielt man dieses Ziel für in absehbarer Zeit nicht zu verwirklichen. Inzwischen scheint man sich mit diesem Ziel in gewissem Sinne zu identifizieren.

4. Einführung der Ganztags-Grundschule. Dieses Ziel hatte Tung bereits 1997 in seiner ersten Regierungserklärung angekündigt. Damals besuchten nur 21% der Grundschüler eine Ganztagschule, heute sind es bereits 48%. Bis 2007/08 sollen so gut wie alle Grundschüler eine Ganztagschule besuchen.

5. Einführung von Computerunterricht und Zugang zum Internet. Ende 1998 wurde angekündigt, an allen Schulen IT-Unterricht einzuführen. Alle Schulen haben inzwischen Computer und Internetanschluss.

6. Förderung der Zwei- und Dreisprachigkeit. Als kosmopolitische Stadt muss Hongkong den Gebrauch des Englischen fördern. Als Teil Chinas sollten alle Hongkonger Bürger fließend Putonghua (chinesische Hochsprache) sprechen. Dies erleichtert die Kommunikation und die Beziehungen zwischen Hongkong und dem Festland. 1998/99 wurde das Projekt der „native-speaking“ Englischlehrer eingeführt, durch das eine neue Kultur des Englischunterrichts entstanden ist und das sich zu bewähren beginnt. Der Englischunterricht soll möglichst früh beginnen. Ab dem nächsten Schuljahr soll er insbesondere an Grundschulen gefördert werden.

7. Begabtenförderung. 1999 billigte die Regierung die Einrichtung von sieben Privatschulen von hohem Niveau sowie 24 subventionierte Schulen (Direct Subsidy Scheme schools) für begabte Schüler. Außerdem soll innerhalb der nächsten drei bis fünf Jahre das Schulsystem flexibler gestaltet

werden, damit die Schüler bei einem stärker diversifizierten Lehrplan größere Wahlmöglichkeiten haben. Auf diese Weise sollen Begabungen und außergewöhnliche Fähigkeiten gefördert werden.

8. Umbau des Hochschulsystems. Die gegenwärtige Universitätsausbildung von drei Jahren bis zum ersten Examen soll auf vier Jahre verlängert werden. Dies sei internationale Norm. Allerdings wird dieses Ziel erst im Laufe der kommenden zehn Jahre umzusetzen sein. Eng damit verbunden ist auch eine Reform des Sekundarschulsystems vom gegenwärtigen 5+2-System zum 3+3-System (je 3 Jahre Sekundarstufe I und II). Entsprechend müssen die Lehrpläne für die letzte Klasse der Sekundarschule und das erste Studienjahr an der Universität geändert werden, um den Übergang zu erleichtern.

9. Die Fort- und Weiterbildung soll durch verschiedene Programme gefördert werden. Leute, die bereit sind, solche Kurse zu besuchen, sollen finanzielle Unterstützung erhalten. (Quelle: www.policyaddress.gov.hk)

In Hongkong ist die Bildungsreform in vollem Gange. Viele der in Tungs Rede angesprochenen Reformen sind bereits eingeleitet worden, andere wie insbesondere die Einführung des 3+3-Systems auf der Sekundarstufe und die Verlängerung des Hochschulstudiums befinden sich noch im Diskussionsstadium. Festzustehen scheint jedenfalls, dass die Hongkonger Regierung dem Bildungswesen ebensolche Priorität einräumt wie es die Zentralregierung in Beijing tut. Dies ist nicht zuletzt deshalb nötig, damit Hongkong gegenüber der Konkurrenz vom Festland, von wo wachsende Zahlen hochqualifizierter Studenten und Postgraduierten nach Hongkong kommen, mit seinem Bildungswesen nicht ins Hintertreffen gerät. -st-

32 Hongkong korrigiert Wachstumserwartungen

Mitte Oktober kündigte die Hongkonger Regierung eine erneute Korrektur ihrer Wachstumsprognose an. Für das gesamte Jahr 2001 war bereits im August die erwartete Zuwachsrate auf 1% gegenüber ursprünglich 3% gesenkt worden. Die Hongkong Shang-

hai Banking Corp. (HSBC) senkte ihre Wachstumserwartung im Oktober von 1,8% auf 0,4% und warnte vor einer Rezession. Die Dao Heng Bank nimmt ein Nullwachstum für dieses Jahr an. (HB, 3.9.01)

In dem Ende August d.J. veröffentlichten Wirtschaftsbericht zur Entwicklung im 1. Halbjahr war eine Zuwachsrate des BIP von 0,5% im 2. Quartal angegeben worden, ein drastischer Rückgang gegenüber der Wachstumsrate von 2,3% im 1. Quartal. Unter Berücksichtigung saisonaler Schwankungen war die BIP-Wachstumsrate im 2. Quartal sogar um 1,7% zurückgegangen, nachdem das BIP im 1. Quartal fast ein Nullwachstum verzeichnete. (XNA, 1.9.01)

Um die Abwärtsspirale aufzuhalten, hat die Hongkonger Regierung eine Reihe von Maßnahmen zur Konjunkturstützung beschlossen. Hierzu zählt der Ausbau der Infrastruktur, (vor allem in den Bereichen Bahn, Straßen, Hafen, Disney-Land, Science-Park und Krankenhäuser), der mit einem Investitionspaket in Höhe von rd. 600 Mrd. HK\$ gefördert werden soll. Weiterhin will die Regierung den Bau eines Messezentrums in der Nähe des neuen Flughafens Chek Lap Kok in Angriff nehmen. Vom Projektvolumen von insgesamt rd. 4 Mrd. HK\$ soll die private Wirtschaft die Hälfte übernehmen. Im Transportsektor soll außerdem eine Schnellbahn zwischen Hongkong, Shenzhen und Kanton (Guangzhou) gebaut werden, um die Reisezeit auf eine Stunde zu reduzieren.

Durch den Ausbau der Infrastruktur, aber auch durch Aufstockung von Personal im Bildungs- und im Wohnungsbausektor will die Regierung zur Schaffung von rd. 30.000 neuen Arbeitsplätzen beitragen.

Zur Förderung des Wohnungsbaus plant die Regierung, den Steuerfreibetrag für Hypothekenzinsen von 100.000 HK-Dollar auf 150.000 HK-Dollar zu erhöhen. Außerdem sollen Darlehn in Höhe von 1,9 Mrd. HK-Dollar für kleine und mittlere Unternehmen zur Verfügung gestellt werden. Zusätzlich sind eine Kürzung von Regierungsabgaben für Wohnungseigentum für das Jahr 2002 sowie die Bereitstellung von 300 Mio. HK-Dollar für einen Community Investment and Inclusion Fund vorgesehen.

Als weitere Maßnahme will die Hongkonger Regierung die Quotenbeschränkung für festlandchinesische Touristen lockern, um dadurch die Dienstleistungsbranche zu unterstützen.

Ob die angekündigten Maßnahmen ausreichen werden, Hongkongs Wirtschaft aus der Talsohle herauszubringen, ist allerdings zweifelhaft. So liegen die Ursachen für die wirtschaftlichen Probleme Hongkongs vor allem in der weltwirtschaftlichen Entwicklung und ihren Auswirkungen auf Festlandchina. (XNA, 11.10.01; AS-WJ, 10.10.01; BBC PF, 10.10.01; NfA, 17.10.01 sowie im Einzelnen zu den Politikmaßnahmen die Rede von Regierungschef Tung Chee-hwa <http://www.policyaddress.gov.hk/eindex.htm>) -schü-

SVR Macau

33 Edmund Hos Rede beim APEC CEO Summit 2001

Macaus Regierungschef Edmund Ho Hau Wah (He Houhua) reiste am 17. Oktober nach Shanghai, um am „APEC CEO Summit 2001“ (18. bis 20. Oktober) teilzunehmen. Das Hauptthema des Gipfeltreffens war „Neuen Herausforderungen im neuen Jahrhundert begegnen: Gemeinsame Prosperität durch Partizipation und Kooperation erreichen“. Am 18. Oktober hielt Edmund Ho eine Rede mit dem Titel „Macau im neuen Jahrhundert“. Darin erörterte er Macaus Status nach der Rückgabe an China und die Art und Weise, wie Macau seine Wirtschaft im Zusammenspiel mit dem Festland entwickeln wird. Kern seiner Rede war, dass Macau seine Rolle als internationales Entrepot am Westufer des Perlfloss (Zhujiang)-Deltas mit Blick auf die romanischsprachige Welt (fast 80 Länder, Regionen und Städte, in denen Portugiesisch, Spanisch, Französisch, Italienisch oder Rumänisch gesprochen wird, mit einer Gesamtbevölkerung von beinahe einer Milliarde Menschen) und die Europäische Union ausbauen soll. „Macau muss sich vorsichtig in die richtige Stellung bringen, um seine Rolle

als internationales Entrepot zu stärken und sein Potenzial als regionaler Angelpunkt für Geschäftsdienste und logistische Unterstützung zu verwirklichen. Von besonderer strategischer Bedeutung ist Macaus Netz kooperativer Verbindungen mit Städten am Perlfloss-Delta in der Provinz Guangdong. Daneben sollten wir uns immer der beträchtlichen Stärke unserer besonderen Beziehungen zur romanischsprachigen Welt und zu den 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union bewusst sein. All dies sind Vorteile, die genutzt werden können, um Macau zu einem Zentrum für kleine und mittlere Unternehmen, die am Handel mit dem und an Investitionen in das Festland interessiert sind.“ Edmund Ho gab sich hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung Macaus optimistisch. Man erwarte die Rekordzahl von zehn Millionen Touristen in diesem Jahr. Im letzten Jahr habe das Bruttoinlandsprodukt ein Wachstum von 4,6 Prozent aufgewiesen. „Trotz der jüngsten Umwälzungen in der globalen Wirtschaft und den negativen Auswirkungen der Terrorangriffe in den USA im letzten Monat – wir bleiben optimistisch und haben die notwendigen Vorkehrungen getroffen, um sicherzustellen, dass Macau, wenn die Weltwirtschaft sich erholt, schnell wieder in Fahrt kommen kann.“ Vorrangigste Aufgabe sei die Öffnung und Liberalisierung des einheimischen Marktes. Mit der Öffnung des Mobiltelefonsektors in diesem und der Liberalisierung der Glücksspielindustrie im nächsten Jahr sei ein Anfang gemacht. Letztere werde nicht nur die öffentlichen Einnahmen vergrößern, sondern auch die Tourismusköglichkeiten diversifizieren und der wirtschaftlichen Entwicklung als Ganzes nützen. Im Vertrauen auf die seit langer Zeit bestehende Freihandelspolitik könne man Macau voller Zuversicht das Potenzial bescheinigen, sich in naher Zukunft als regionales Zentrum für Logistik- und Offshore-Geschäfte und Dienstleistungen zu platzieren. Edmund Ho vergaß in seiner Rede auch nicht, die kulturellen und sozialen Vorzüge Macaus hervorzuheben: drastischer Rückgang der Kriminalität seit Ende 1999, ein sehr hoher Grad an Rassenharmonie und Gemeindesolidarität, die Mischung aus den Vorzügen des Ostens und des Westens und die gegenseitige Ergänzung

der westlichen Kultur und der chinesischen Zivilisation. Die Administration habe sich der Förderung der weiteren kulturellen Entwicklung Macaus verschrieben; Kultur sei schließlich eine der touristischen Hauptattraktionen geworden. Abschließend drückte der Regierungschef die Hoffnung aus, dass Macau eine aktivere Rolle im Geflecht der kooperativen Beziehungen zwischen den Wirtschaften der 21 APEC-Mitglieder spielen werde.

Am selben Tag trafen Edmund Ho und sein Hongkonger Amtskollege Tung Chee-hwa (Dong Jianhua) in Shanghai auch mit Chinas Staatspräsident Jiang Zemin zusammen. Die Zentralregierung, so Macaus Regierungschef, werde Macau jede nur mögliche Unterstützung bei der Wirtschaftsentwicklung zukommen lassen; dieses Thema werde er auch bei seinem Arbeitsbesuch in Beijing im Dezember besprechen. Macaus Bevölkerung müsse sich bewusst sein, dass Terrorangriff plus Rezession in den Vereinigten Staaten die Erholung der Wirtschaft in Macau womöglich um mehr als sechs Monate verzögere.

Die Hongkonger *South China Morning Post* moniert Edmund Hos euphemistische Darstellung der Wirtschaftsprobleme Macaus. Es gebe Befürchtungen, dass Macau bereits kurz vor seiner zweiten Rezession in weniger als zwei Jahren stehe. Die Warenexporte seien dieses Jahr schwer vom wirtschaftlichen Rückgang in Amerika betroffen, die Arbeitslosenquote halte sich hartnäckig bei etwa 6,2 Prozent, die Deflation dauere an, und im Immobiliensektor sei kein Ende der Flaute abzusehen. Die Herausgabe verlässlicher aktueller Wirtschaftsdaten wie vierteljährliche Angaben über das Bruttoinlandsprodukt durch die Regierung lasse auf sich warten, so dass wirtschaftliche Voraussagen schwer fielen. In seiner Rede zum chinesischen Nationalfeiertag am 1. Oktober spreche der Regierungschef nur davon, dass Macaus Wirtschaft „sich noch nicht vollkommen erholt“ hätte und sie weiterhin „von äußeren Faktoren der Ungewissheit beeinflusst“ sei. Nach den Terrorangriffen vom 11. September habe er einräumen müssen, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung „ein wenig verlangsamen“ werde. Vorher hätten Regierungsbeamte noch angekündigt, die Wirtschaft